

Islamfeindlichkeit aus Sicht des Verfassungsschutzes

Wolfgang Freter, Niedersächsischer Verfassungsschutz

Lassen Sie mich zunächst auf den Begriff Islamfeindlichkeit eingehen. Mit ihm werden Einstellungen und Vorurteile bezeichnet. Die folgenden Ausführungen orientieren sich an der Definition von Zick, Küpper und Hövermann aus der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Auftrag gegebenen, 2011 veröffentlichten Studie „Die Abwertung der Anderen“, Seite 47:

„Die Islamfeindlichkeit richtet sich gegen Menschen muslimischen Glaubens oder ganz allgemein gegen den Islam, unabhängig davon, inwieweit die Betroffenen religiös sind oder welcher spezifischen islamischen Glaubensrichtung sie angehören. Treffender wäre eigentlich der Begriff Muslimenfeindlichkeit ... Ähnlich wie Juden/Jüdinnen werden auch Muslim/innen häufig nicht als integraler Bestandteil der einheimischen Mehrheitsgesellschaft betrachtet, sondern als ‚Fremde‘. Die Islamfeindlichkeit bedient sich der Abwertung des Islams, um Muslim/innen abzuwerten, weil sie Muslim/innen sind“.

Vorurteile und Einstellungen allein sind noch kein Rechtsextremismus, aber Rechtsextremismus ist ohne den Rekurs auf Vorurteile und Einstellungen nicht denkbar. Der Rechtsextremismus überhöht Vorurteile ideologisch, indem er sie in einen scheinbar plausiblen und rationalen Erklärungsrahmen stellt und hieraus politische Forderungen ableitet.

Die Art und Weise, wie der Islam in Deutschland vor dem Hintergrund einer islamistischen bzw. salafistischen Gefahrensituation rezipiert wird, ist zum Teil vorurteilsgeprägt und wirkt ihrerseits auf die Vorurteilsbildung zurück. Ich möchte mit Hilfe einiger Zitate typische

islamfeindliche und vorurteilsbeladene Argumentationsmuster aufzeigen. Dabei habe ich bewusst Aussagen von Rechtsextremisten und von Nicht-Extremisten miteinander vermischt. Folgende Elemente werden Sie wiederkehrend erkennen:

- die These von einem Kulturkampf,
- die Ethnisierung der islamischen Religion,
- das Szenario einer islamischen Unterwanderung und damit einhergehend die These von einer Islamisierung Europas,
- eine Wir und die Anderen–Dichotomie,
- Die Gleichsetzung von Islam und Islamismus.

Kommen wir zu den Zitaten:

„In aller Welt Angst vor Rache fanatischer Moslems“¹ und „Terrorwelle rollt auf Deutschland zu“², so lauten die Überschriften von zwei Zeitungsartikeln über die Fatwa von Ayatollah Khomeini gegen den Schriftsteller Salman Rushdie. Khomeini hatte Rushdie in der Fatwa zum Tode verurteilt. Die Kommentierung in den westlichen Medien brachte, wie die Überschriften beispielhaft ausweisen, den Islam bereits von 25 Jahren in ein assoziatives Verhältnis zu Fanatismus und Terror - eine Assoziation, die in den folgenden Jahrzehnten fortwirkte.

Das zweite Zitat ist einem der wirkmächtigsten politikwissenschaftlichen Werke der vergangenen zwei Jahrzehnte zu entnehmen, *The Clash of Civilizations* von Samuel Huntington:

„Das tiefere Problem für den Westen ist nicht der islamische Fundamentalismus. Das tiefere Problem ist der Islam, eine andere Kultur, deren Menschen von der Überlegenheit ihrer Kultur überzeugt und von der Unterlegenheit ihrer Macht besessen sind.“

¹ Stuttgarter Zeitung, vom 18.02.1989.

² Die Welt, vom 14.02.1989.

Das Problem für den Islam sind nicht die CIA oder das US-amerikanische Verteidigungsministerium. Das Problem ist der Westen, ein anderer Kulturkreis, dessen Menschen von der Universalität ihrer Kultur überzeugt sind und glauben, dass ihre überlegene, wenngleich schwindende Macht ihnen die Verpflichtung auferlegt, diese Kultur über die ganze Erde zu verbreiten.“³

Muslimische Kriegslust und Gewaltbereitschaft sind Ende des 20. Jahrhunderts eine Tatsache, die weder Muslime noch Nichtmuslime leugnen können.“⁴

Huntington ist selbstverständlich kein Rechtsextremist, aber seine These vom „Kampf der Kulturen“, wie es in der deutschen Übersetzung missverständlich heißt, wird von Rechtsextremisten unter Ignorierung des argumentativen Kontextes immer wieder angeführt, um gegen eine angebliche Islamisierung Europas zu agitieren.

In kulturkämpferischer Weise argumentiert beispielsweise Filip Dewinter von der bei Wahlen erfolgreichen rechtspopulistischen belgischen Partei Vlaams Belang:

„Der Islam ist der historische Erbfeind Europas. Gegenwärtig befindet sich Europa in der dritten Periode islamischer Invasionen.“

„Europa und der freie Westen stehen vor der lebenswichtigen Wahl: die weitere Duldung von Multikultur, Massenzuwanderung und Islamisierung oder die manifeste Entscheidung für eine europäische Identität.“⁵

In der Literaturliste seines Buches führt Dewinter nicht unerwartet auch Huntingtons Kampf der Kulturen an. Die Kulturkampfthese liegt

³ Samuel Huntington: Der Kampf der Kulturen. München und Wien 1997, Seite 350.

⁴ Ebenda, Seite 422.

⁵ Filip Dewinter: Inch'Allah. Die Islamisierung Europas. Graz 2010, Seite 228 und Seite 245.

auch den Theorien des Vertreters der französischen Nouvelle Droite Guillaume Faye zugrunde:

„Europa befindet sich im Krieg ohne es zu wissen. ... Wir sind nämlich von den Südvölkern und vom Islam unterwandert und kolonisiert worden, flächendeckend und in rasendem Tempo.“⁶

Im Vorwort schrieb Andreas Molau, damals Vorsitzender der Gesellschaft für freie Publizistik in eindeutiger Diktion:

„Eine bedrohliche Islamisierung des Alten Kontinents schreitet unaufhaltsam voran. Der Krieg der Kulturen scheint im Kreißaal entschieden zu werden.“⁷

Hinzugefügt werden muss, dass sich Andreas Molau inzwischen von diesem Denken glaubwürdig abgekehrt hat. Anders verhält es sich mit Udo Pastörs, dem Fraktionsvorsitzenden der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. Seine Ausführungen in einer Aschermittwochsrede am 25.02.2009 in Saarbrücken sind ebenso grobschlächtig wie eindeutig:

„Wir haben sie (die Türken) mit Prinz Eugen und Verbündeten vor Wien aufgehalten. Da kamen sie mit den Krummsäbeln und da hat's einen großen Kampf gegeben um Europa. Die Muselmanen wurden geschlagen und wir hatten zunächst einmal Ruhe: Heute reisen sie nicht mit Krummsäbeln ein, sondern mit Kopftüchern an ihrer Seite und einer höchst gefährlichen Samenkanone, die sie ständig bei sich tragen und das wollen wir nicht in Europa und nicht in Deutschland. Sie sollen sich dort vermehren, wo sie hingehören ...“.

Diesem Zitat eines führenden NPD-Funktionärs soll das Zitat eines Nicht-Extremisten gegenübergestellt werden, um aufzuzeigen, wie nahe der bürgerliche Diskurs rechtsextremistischer Propaganda

⁶ Guillaume Faye: Wofür wir kämpfen. Ohne Ort. 2006, Seite 17.

⁷ Ebenda, Seite 9.

kommen kann. Der ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin lässt uns in seinem vielgelesenen Buch „Deutschland schafft sich ab“ wissen:

„Die Muslime in Deutschland und im übrigen Europa unterliegen einem fremden kulturellen und religiösen Einfluss, den wir nicht überblicken und schon gar nicht steuern können. Wir dulden das Anwachsen einer kulturell andersartigen Minderheit, deren Verwurzelung in der säkularen Gesellschaft mangelhaft ist, die nicht unsere Toleranzmaßstäbe hat und die sich stärker fortpflanzt als ihre Gastgesellschaft.“⁸

Allen Äußerungen ist gemein, dass sie entindividualisieren. Muslimen wird eine Kollektiveigenschaft zugewiesen, unabhängig davon, aus welchem Land sie kommen, welcher Glaubensrichtung im Islam sie angehören oder ob sie einen religiösen Glauben überhaupt praktizieren. Die gravierenden Unterschiede z. B. zwischen der türkischen, der iranischen oder der ägyptischen Kultur mit jeweils eigenen Ausprägungen religiöser Praxis lösen sich in einer Gesamtsicht, in einem Gesamturteil über den Islam auf. Der einzelne Mensch wird auf ein vermutetes religiöses Dasein reduziert unabhängig von seinen Interessen, seinen Lebenszielen, seinen Charaktereigenschaften und seiner gesellschaftlichen Rolle. Eine solche reduzierende Sichtweise beraubt ihn seiner Individualität und damit seiner Menschenwürde. Hiermit wird zugleich den Salafisten in die Hände gespielt, wie der französische Soziologe und Islamforscher Olivier Roy in seinen Untersuchungen aufzeigt. Roy konstatiert eine Dekulturalisierung des Islams im Zeitalter der Globalisierung. Spezifische kulturelle und ethnische Prägungen befänden sich durch Wanderungsbewegungen in Auflösung. Dies begünstigt Salafisten in

⁸ Thilo Sarrazin: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München 2010. 9. Auflage, Seite 277.

ihrem Bemühen, einen aus ihrer Sicht reinen Salafismus zu propagieren.

Noch einmal zurück zu Thilo Sarrazin. Sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ gehört mit einer Auflage von 1,5 Millionen Exemplaren zu den am meisten verkauften Sachbüchern der Nachkriegszeit. Mit seiner spezifischen Sichtweise auf den Islam entfaltet es eine Wirkung bis weit in die Mitte der Gesellschaft. An dem Erfolg dieses Buches lässt sich ablesen, dass die Voraussetzungen gegeben waren, an die islamfeindliche Bewegungen im Internet wie der Weblog PI-News (Politically Incorrect) oder Pegida erfolgreich anknüpfen konnten. Es bewahrheitet eine Aussage des hannoverschen Soziologen Oskar Negt, der von der gesicherten sozialwissenschaftlichen Erkenntnis spricht, dass Bewegungen, die ihre Identität ausschließlich aus Feinderklärungen gewinnen, durch Ausgrenzung von Fremden und Andersdenkenden, nur dann Erfolg haben, wenn sie genügend Sympathisanten im gesellschaftlichen Zentrum finden.“⁹

So kritikwürdig die Ausführungen Sarrazins sind, er ist kein Rechtsextremist. Rechtsextremisten aus den Reihen der NPD oder der Neonazis hätten keine vergleichbare Resonanz gefunden. Sie sind von sich aus nicht in der Lage, ein Thema öffentlich zu setzen oder gar den Diskurs zu bestimmen. Aber sie haben die Chance erkannt, die sich durch eine islamfeindliche Stimmung für ihre Propaganda bietet und versuchen als Trittbrettfahrer hiervon zu profitieren. Der damalige sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel reagierte auf die FES-Studie zur Islamfeindlichkeit mit folgenden strategischen Überlegungen in der Deutschen Stimme, dem Organ der NPD:

⁹ Oskar Negt: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht. Göttingen 2008. 4. Auflage, Seite 53.

„Keine hiesige Ausländergruppe erzeugt bei den Deutschen so viel Unbehagen wie die fremdartigen Moslems. Der Kampf gegen die Islamisierung ist deshalb der Türöffner für weitergehende ausländerpolitische Forderungen der nationalen Opposition. ... Die NPD ist also gut beraten, die Ausländerfrage auf die Moslemfrage zuzuspitzen.“¹⁰

Fortan standen islamfeindliche Parolen wie „Maria statt Scharia“ oder Aktionen gegen den geplanten Bau von Moscheen im Mittelpunkt der NPD-Propaganda, aber immer im Kontext einer Agitation gegen Zuwanderung. Ein weiteres Zitat aus der Deutschen Stimme mag dies illustrieren. Unter der Überschrift „Nein! Ihr gehört nicht dazu! Salafisten beweisen: Das Überfremdungs- und Islam-Problem ist Realität“ wird ausgeführt:

„Nur eine ganz neue Ausländerpolitik wäre in der Lage Abhilfe zu schaffen. Müssen Millionen Fremde auf deutschem Boden leben, obwohl unzählige Deutsche arbeitslos sind? Müssen hierzulande Tausende Moscheen gebaut werden, obwohl klar ist, daß der Islam mit europäischen Wertvorstellungen nicht kompatibel ist? Muß die deutsche Justiz gegenüber ausländischen Intensivstraftätern Samthandschuhe anziehen, obwohl Ausländerkriminalität längst zu einem Massenphänomen geworden ist?“¹¹

Bei diesen Ausführungen handelt es sich um eine im Grunde genommen klassische rechtsextremistische Argumentationsweise. Islamfeindlichkeit ist das austauschbare Element einer tradierten fremdenfeindlichen Agitation. Eine genuine Wirkmächtigkeit entfalten islamfeindliche Positionen auf anderen Ebenen – in Internetforen und durch Kundgebungen wie von Pegida und HoGeSa. Bevor ich darauf zu sprechen komme, gestatten Sie mir einen Exkurs über die aktuellen Entwicklungen im Rechtsextremismus.

¹⁰ Jürgen Gansel: Mit Islam-Kritik zum Erfolg!, in: Deutsche Stimme, Dezember 2010, Seite 9.

¹¹ Deutsche Stimme, Juni 2012, Seite 5. Rechtschreibung aus dem Original übernommen.

Der Rechtsextremismus hat in den letzten Jahren an organisatorischer Struktur verloren. Er ist in Teilen zu einer amorphen Erscheinung geworden. Kampagnen und Aktionen sind wichtiger als die disziplinierte Arbeit in Parteigremien oder, wie früher, Schulungen in Kameradschaftsabenden. Wir beobachten einen Trend hin zu temporären Zusammenschlüssen in wechselnder personeller Zusammensetzung. Das Internet spielt hierbei eine wesentliche Rolle. Das von den Verfassungsschutzbehörden registrierte Personenpotenzial ist im letzten Jahr sowohl auf Bundesebene als auch in Niedersachsen ein weiteres Mal zurückgegangen. Diese eigentlich positive Entwicklung steht im Widerspruch zur öffentlichen Wahrnehmung des Rechtsextremismus, die von einer spürbaren Aggression gegenüber Asylbewerbern und den Großkundgebungen von Pegida und HoGeSa bestimmt wird. Ich werde versuchen, diese Diskrepanz zu erklären.

Der Hauptgrund liegt darin, dass die Islamfeindlichkeit zum Kristallisationspunkt einer eigenständigen organisatorischen Entwicklung geworden ist. Hierbei spielt das Internet eine herausragende Rolle, allen voran der 2004 durch einen Kölner Lehrer gegründete Weblog PI-News (Politically Incorrect), der sich zum virtuellen Zentralorgan für islamfeindliche Positionen entwickelt hat. PI-News verlinkt unter anderem zur islamfeindlichen German Defence League (GDL), zur Identitäten Bewegung und zur Bürgerbewegung Pax Europa. Darüber hinaus wird für die Pegida-Kundgebungen und islamfeindliche Literatur geworben. Der Gründung der Identitären Bewegung Deutschland (IBD) als eingetragener Verein ging die Herausbildung von Netzwerkstrukturen im virtuellen Bereich voraus. Die IBD orientiert sich wesentlich an der Theorie der Neuen Rechten und vertritt den ethnopluralistischen Ansatz auf der Basis einer islamfeindlichen Grundhaltung. Mitglieder sowohl der IBD, als auch der GDL und von PI-News waren auf

HoGeSa- und Pegida-Kundgebungen in Hannover präsent. Auch die Kampagnenform Hooligans gegen Salafisten hat ihren Ursprung im Internet. Hierüber sind Strukturen aufgebaut, Kontakte hergestellt und die Kundgebungen in Köln und Hannover vorbereitet worden. Die Zentralfigur von PI-News, der Münchener Stadtrat und Vorsitzende der Partei Die Freiheit Michael Stürzenberger, war der Hauptredner auf der HoGeSa-Kundgebung in Hannover. Sie erkennen wie vielfältig, wie netzwertartig die Verbindungen sind.

Die Verfassungsschutzbehörden bewerten diese Organisationen und Veranstaltungen nicht oder nur teilweise als extremistisch. Sie konzentrieren ihre Aufmerksamkeit auf die Teilnahme von Personen aus beobachteten rechtsextremistischen Organisationen, die sich den Demonstrationen von HoGeSa und Pegida als Trittbrettfahrer anschließen. Dass es ideologische Anknüpfungspunkte hierfür gibt, ist offensichtlich. Bei nur wenigen Pegida-Kundgebungen aber kommen die Verfassungsschutzbehörden zum Urteil, dass sie von Rechtsextremisten stark beeinflusst oder sogar gesteuert werden. Auch die HoGeSa-Demonstrationen werden nicht als rechtsextremistische Veranstaltungen bewertet.

Es wird zu diskutieren sein – der Workshop heute Nachmittag gibt Gelegenheit dazu –, ob ein solcher Bewertungsansatz nicht zu sehr von einer tradierten Sichtweise bestimmt wird. Sicher: Vorurteile und Einstellungen sind kein Rechtsextremismus und deshalb zu recht kein Beobachtungsgegenstand. Aber gilt diese Feststellung auch für Sammlungsbewegungen von Personen mit islam- und asylbewerberfeindlichen Positionen? Sind die Verfassungsschutzbehörden möglicherweise einem statischen Denken verhaftet mit einer Tendenz zur Irrelevanz in Hinsicht auf notwendige gesellschaftspolitische Diskussionen? Alles dies sind Fragen, über die wir dringend diskutieren müssen, wenn wir uns darüber verständigen wollen, welche Rolle der Verfassungsschutz bei

der Analyse und Prävention demokratiefeindlicher Entwicklungen in unserer Gesellschaft übernehmen soll.

Eng verbunden mit diesen Fragen ist das Abgrenzungsproblem zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Charakteristisch für die meisten, bei Wahlen zum Teil sehr erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien in Europa, sind ausgeprägte islamfeindliche Positionen. Rechtspopulistische Parteien kennzeichnet kein systemüberwindender Ansatz, sie wollen Staat und Gesellschaft nicht revolutionär umgestalten. Aber sie untergraben das Normensystem, in diesem Fall das Recht auf freie Religionsausübung und den Gleichheitsgrundsatz. Zugespitzt könnte man sagen: wenn rechtspopulistische Parteien auf Dauer erfolgreich sind, entwerten sie das demokratische Normen-System innerhalb seiner formalen Strukturen selbst.

Weil ein offen systemüberwindender Ansatz nicht nachzuweisen ist, gestaltet sich der Umgang der Verfassungsschutzbehörden mit rechtspopulistischen Parteien nicht einfach. Beispielhaft hierfür ist die Geschichte der Partei Die Republikaner, deren Beobachtung spät erfolgte und von Verwaltungsprozessen begleitet war. Es sei hinzugefügt, dass Die Republikaner zu dem Zeitpunkt, als die Verfassungsschutzbehörden aus der Beobachtung ausstiegen (2007), eine nahezu monothematisch islamfeindlich agierende Partei war, mit dem Hauptziel, den Bau von Moscheen zu verhindern. Nach langer Diskussion herrschte innerhalb des Verfassungsschutzverbundes die Auffassung vor, diese Zielsetzung alleine reiche für eine Beobachtung nicht mehr aus. Niedersachsen hat sich dem lange widersetzt.

Grundsätzlich gilt: Ein moderner Verfassungsschutz muss sich mit dem ideologischen Gehalt dieser Phänomene im Graubereich zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

auseinandersetzen, wenn er Gefährdungstrends rechtzeitig erkennen möchte. Terroristischen Taten geht in der Regel eine Radikalisierung im Denken voraus. Der Fall des islamfeindlich motivierten norwegischen Attentäters Anders Breivik sollte Mahnung genug sein.

Wie kann islamfeindlichen Ressentiments und Politikansätzen entgegengewirkt werden?

Von vorrangiger Bedeutung scheint mir die Form der Auseinandersetzung mit dem Phänomen Salafismus zu sein. Sie darf nicht zu einer eindimensionalen Wahrnehmung des Islams führen. Der indische Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Amartya Sen gibt uns in seinem Buch Die Identitätsfalle zu bedenken:

„Es ist aber äußerst merkwürdig, dass diejenigen, welche die mit dem islamischen Fundamentalismus zusammenhängenden Spannungen und Konflikte überwinden möchten, gleichfalls offenbar unfähig sind, Muslime anders zu sehen als eben unter dem Aspekt, dass sie islamisch sind (was dann zu den Bemühungen führt, den Islam neu zu definieren) und nicht die vieldimensionierte Natur unterschiedlicher Menschen wahrnehmen, die zufällig auch Muslime sind.“¹²

Für die Präventionsarbeit bedeutet dies, dass wir Radikalisierungsprozesse in ihrer gesamten sozialen Dimension und nicht nur unter religiösen Aspekten aufzeigen müssen. Ansonsten bestätigen wir Vorurteile und fördern die Gleichsetzung von Islam und Islamismus. Der Mensch, auch der gläubige Moslem, hat viele Identitäten. Dies immer wieder neu in Erinnerung zu rufen, ist die Aufgabe der Prävention im Rechtsextremismus, um die Vielfalt des Lebens aufzuzeigen und der Einzigartigkeit eines jeden Individuums Anerkennung zu verschaffen. Salafisten können hierauf verzichten,

¹² Amartya Sen: Die Identitätsfalle. Warum es keinen Kampf der Kulturen gibt. München 2007, Seite 30.

denn sie haben, wie Amartya Sen schreibt, „ natürlich guten Grund, alle Identitäten von Muslimen außer dem islamischen Glauben zu negieren“. ¹³

Unbestritten ist aber, dass der Glaube für viele Menschen einen zentralen Stellenwert in ihrem Leben hat. Martha Nussbaum definiert ihn in einem weiten Sinne als untrennbaren Teil menschlicher Würde:

„Die Fähigkeit des Menschen, nach der letzten Bedeutung des Lebens zu suchen – oft ‚Gewissen‘ genannt –, ist ein wesentlicher Teil des Menschen, eng verbunden mit seiner Würde bzw. ein Teil davon.“¹⁴

Deshalb:

Auch wenn den einen oder anderen religiöse Rituale vielleicht befremden – wir müssen den friedfertigen gläubigen Moslem vor dem Missbrauch durch Salafisten und der Verletzung seiner religiösen Gefühle durch Rechtsextremisten verteidigen. Er verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung.

¹³ Ebenda, Seite 188.

¹⁴ Martha Nussbaum: Die neue religiöse Intoleranz. Ein Ausweg aus der Politik der Angst. Darmstadt 2014, Seite 62.